



Ernst Wolff

Weltmacht

IWWF

**Chronik eines
Raubzugs**

Ernst Wolff

Weltmacht IWF

Chronik eines Raubzugs

Tectum

Ernst Wolff
Weltmacht IWF.
Chronik eines Raubzugs

© Tectum Verlag Marburg, 2014
ISBN 978-3-8288-3329-6

Druck und Bindung: XXXX

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

*Dieses Buch ist den Menschen in Afrika, Asien und Südamerika gewidmet,
die es nicht lesen können, weil die Politik des IWF ihnen den Besuch einer
Schule verwehrt hat.*

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 9 |
| Die Konferenz von Bretton Woods: Zum Auftakt Erpressung | 13 |
| Der Nachkriegsboom – der IWF wirft sein Netz aus | 21 |
| Die siebziger Jahre – der IWF und die chilenische Erfahrung | 25 |
| »Strukturanpassungsprogramme« – der IWF systematisiert sein Vorgehen | 31 |
| Die lateinamerikanische Schuldenkrise – der IWF wird zum globalen Krisenmanager | 37 |
| Die Folgen der »Strukturanpassung« – der Widerstand gegen den IWF wächst | 45 |
| Die »Schocktherapie« für die Sowjetunion – der IWF und die Wiedereinführung des Kapitalismus | 49 |
| Südafrika nach der Rassentrennung – IWF und ANC verbünden sich gegen das Volk | 59 |
| Jugoslawien – der IWF als Kriegsvorbereiter und -begleiter | 69 |
| Die Asien-Krise – der IWF demonstriert seine Macht | 81 |
| Lohnobergrenzen und höhere Preise – die »Armutsbekämpfung« des IWF | 91 |
| Die Argentinien-Krise – der IWF erzwingt den größten Staatsbankrott aller Zeiten | 101 |

| | |
|--|-----|
| Globalisierung und Finanzialisierung – die Triebkräfte des IWF | 113 |
| Die Finanzkrise von 2007/2008 – die Ruhe vor dem Sturm für den IWF | 121 |
| Islands Bankenrash von 2008 – der IWF nimmt Europa ins Visier | 127 |
| Irland – der IWF leitet eine Armutsexplosion in Europa ein | 137 |
| Die Euro-Krise – IWF, EU und EZB stellen Europa unter Zwangsverwaltung | 147 |
| Griechenland – die Troika bringt den Hunger zurück nach Europa | 157 |
| Zypern und der IWF – auf die Plünderung folgt die Enteignung | 169 |
| Die Euro-Krise nach Zypern – der IWF verlangt die Institutionalisierung des Raubes | 183 |
| Schuldenberge, soziale Ungleichheit, Revolution – das Ende des IWF? | 191 |
| Deutschland und der IWF – schwarze Schwäne am Horizont | 199 |

Vorwort

Keine andere Finanzorganisation hat im vergangenen halben Jahrhundert so tief in das Leben so vieler Menschen eingegriffen wie der *Internationale Währungsfonds* (IWF). Seit seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg hat er seinen Einflussbereich bis in die entlegensten Winkel der Erde ausgeweitet. Derzeit zählen 188 Länder auf fünf Kontinenten zu seinen Mitgliedern.

Jahrzehntelang war der IWF hauptsächlich in Afrika, Asien und Südamerika tätig. Dort gibt es kaum noch ein Land, in dem seine Politik nicht ein- oder mehrmals in enger Zusammenarbeit mit der jeweiligen nationalen Regierung durchgesetzt wurde. Nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2007 hat er sich verstärkt Nordeuropa zugewandt, seit dem Einsetzen der Euro-Krise im Jahr 2009 ist vor allem das südliche Europa in seinen Fokus gerückt.

Offiziell besteht die Hauptaufgabe des IWF darin, das globale Finanzsystem zu stabilisieren und in Schwierigkeiten geratenen Ländern aus der Krise zu helfen. In der Realität erinnern seine Einsätze eher an Feldzüge kriegsführender Armeen. Wo immer er einschreitet, greift er tief in die Souveränität von Staaten ein, zwingt ihnen Maßnahmen auf, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden, und hinterlässt eine breite Spur wirtschaftlicher und sozialer Zerstörung.

Dabei setzt der IWF weder Waffen noch Soldaten ein, sondern bedient sich ganz einfach der Mechanismen des Kapitalismus, genauer gesagt: der Kreditwirtschaft. Seine Strategie ist in allen Fällen so simpel wie effektiv: Gerät ein Land in finanzielle Schwierigkeiten, ist er zur Stelle und bietet Unterstützung in Form von Krediten an. Im Gegenzug fordert er die

Durchsetzung von Maßnahmen, die die Zahlungsfähigkeit des Landes zum Zwecke der Rückzahlung dieser Kredite sicherstellen sollen.

- 10 Wegen seiner weltweiten Sonderstellung als »Kreditgeber letzter Instanz« bleibt den Regierungen in der Regel keine andere Wahl als das Angebot des IWF anzunehmen und auf seine Bedingungen einzugehen – mit dem Ergebnis, dass sie sich in einem Netz der Verschuldung verfangen, in dem sie sich infolge von Zins-, Zinseszins- und Tilgungszahlungen immer tiefer verstricken. Die sich daraus ergebende Belastung des Staatshaushaltes und der heimischen Wirtschaft führt mit unerbittlicher Konsequenz zu einer Verschlechterung ihrer Finanzlage, die der IWF wiederum als Vorwand nutzt, um unter dem Schlagwort der »Austerität« immer neue Zugeständnisse in Form von »Sparprogrammen« zu erzwingen.

Für die einfache Bevölkerung der betroffenen und zumeist einkommensschwachen Länder hat diese Politik verheerende Folgen, denn deren Regierungen handeln allesamt nach dem gleichen Muster: Sie wälzen die Folgen der Sparmaßnahmen auf die abhängig Beschäftigten und die Armen ab.

Auf diese Weise haben IWF-Programme Millionen von Menschen den Arbeitsplatz genommen, ihnen den Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung, einem funktionierenden Bildungswesen und menschenwürdigen Unterkünften verwehrt. Sie haben ihre Nahrungsmittel bis zur Unbezahlbarkeit verteuert, die Obdachlosigkeit gefördert, alte Menschen um die Früchte lebenslanger Arbeit gebracht, die Ausbreitung von Krankheiten begünstigt, die Lebenserwartung verringert und die Säuglingssterblichkeit erhöht.

Am anderen Ende der gesellschaftlichen Leiter dagegen hat die Politik des IWF einer winzigen Schicht von Ultrareichen dazu verholfen, ihre riesigen Vermögen sogar in Krisenzeiten zu vermehren. Die von ihm geforderten Maßnahmen haben entscheidend dazu beigetragen, dass die weltweite soziale Ungleichheit ein in der Geschichte der Menschheit nie dagewesenes Ausmaß angenommen hat. Der Einkommensunterschied zwischen einem Sonnenkönig und einem Bettler am Ausgang des Mittel-

alters verblasst gegenüber dem Unterschied zwischen einem Hedgefonds-Manager¹ und einem Sozialhilfeempfänger von heute.

Obwohl diese Fakten allgemein bekannt sind und in den vergangenen Jahrzehnten Hunderttausende zum Teil unter Einsatz ihres Lebens gegen die Auswirkungen seiner Maßnahmen protestiert haben, hält der IWF bis heute eisern an seiner Strategie fest. Trotz aller Kritik und trotz der nicht zu übersehenden Folgen seines Handelns genießt er dabei nach wie vor die rückhaltlose Unterstützung der Regierungen sämtlicher führender Industrienationen.

11

Wieso? Wie kann es sein, dass eine Organisation, die rund um den Globus solch ungeheures menschliches Leid verursacht, weiterhin ungestraft handeln und auch in Zukunft mit der Unterstützung der mächtigsten Kräfte unserer Zeit rechnen darf? In wessen Interesse arbeitet der IWF? Wer profitiert von seinem Tun?

Diese Fragen zu beantworten, ist das Ziel dieses Buches.

¹ Ein Beispiel: Der Hedgefonds-Manager John Paulsen hat im Jahr 2010 fünf Mrd. US-Dollar verdient. Das entspricht einem Tagesverdienst von 19,2 Mio. Dollar und damit fast dem Zehnmillionenfachen der zwei Dollar pro Tag, von denen zur gleichen Zeit 2,5 Milliarden Menschen auf der Welt leben mussten.

Zypern und der IWF – auf die Plünderung folgt die Enteignung

Auf Grund seiner Lage im östlichen Mittelmeer war Zypern als Schnittstelle zwischen Europa, Afrika und dem Nahen Osten schon immer von besonderer geostrategischer Bedeutung. Wirtschaftlich dagegen spielte das Land auf internationaler Ebene nie eine große Rolle. Mitte der siebziger Jahre beschloss die Regierung in Nikosia, das zu ändern.

Sie setzte die Unternehmenssteuer auf 10 % herab, gab Steuern auf Schenkungen und Börsengewinne frei und versuchte so, ausländische Investoren ins Land zu locken. Tatsächlich registrierten einige Reeder ihre Flotten unter zyprischer Flagge und etliche wohlhabende Libanesen eröffneten zwischen 1975 und 1990 wegen des libanesischen Bürgerkriegs Konten bei zyprischen Banken. Insgesamt aber war der Erfolg der Maßnahmen eher bescheiden.

Erst mit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 kam der große Umschwung. Die durch die Plünderung des sowjetischen Volkseigentums entstandene Schicht russischer Oligarchen suchte schon bald nach einem Ort, an dem sie die erbeuteten Milliarden sicher anlegen konnte. Wegen der niedrigen Steuern, der Verschwiegenheit der Behörden, des angenehmen Klimas und der bereits dort lebenden 50.000 Russen entschieden sich viele von ihnen für Zypern.

Die zyprische Regierung unternahm in der Folgezeit alles, was in ihrer Macht stand, um ihre wohlhabende Klientel zu hofieren und die weitere Entwicklung des Landes als Finanzplatz zu fördern. Sie erleichterte ausländischen Investoren den Erwerb von Grundbesitz, erteilte großzügig

Aufenthaltserlaubnisse und ermöglichte vermögenden Interessenten auch die Einbürgerung. 1996 ließ sie in Nikosia die Wertpapierbörse gründen, ab 1997 durften Ausländer 100 % einer zypriischen Gesellschaft besitzen.

Die Folge war eine Kapitalflut, die den Finanzsektor des Landes geradezu explodieren ließ. Die Zahl der Holding-Gesellschaften⁴⁸, die 1995 noch unter 1.000 gelegen hatte, stieg bis zum Jahr 2000 auf 40.000 an. Gleichzeitig wurden die eigene Industrieproduktion und die Agrarwirtschaft so stark vernachlässigt, dass sie international den Anschluss verloren und das Land dadurch in eine noch stärkere Abhängigkeit von ausländischen Investoren brachten.

Die EU verfolgte die Entwicklung Zyperns argwöhnisch, denn schließlich entging den Banken der Euro-Zone hier ein profitables Geschäft. Um nicht länger nur zuzuschauen, änderte die EU zu Beginn des neuen Jahrtausends ihre Strategie und bot der politischen Führung Zyperns die Mitgliedschaft und den Beitritt zur Währungsunion an, ohne weiterhin auf der Einigung der seit 1974 getrennten Landesteile⁴⁹ zu bestehen. Die Regierung in Nikosia akzeptierte und Zypern wurde 2004 ohne den von der Türkei besetzten Norden EU-Mitglied. 2008 führte das Land den Euro ein.

Als Griechenland 2009 in den Strudel der Euro-Krise geriet, dauerte es nicht lange, bis sich die Probleme auch auf Zypern auswirkten. Die Rezession beim größten Handelspartner, in den über 20 % der Exporte flossen, ließ das Bruttoinlandsprodukt Zyperns 2009 um 1,9 % einbrechen. Die Athen aufdiktierte Sparpolitik der Troika verschärfte den wirtschaftlichen Abwärtstrend und trieb die Arbeitslosigkeit und die Verschuldung

⁴⁸ Holdings sind Beteiligungsgesellschaften, die nicht selbst produzieren, sondern als Dachgesellschaften die Finanzierung, Planung und Entwicklung aller zugehörigen Unternehmungen beherrschen.

⁴⁹ 1974 putschten Teile des Militärs, um Zypern mit Griechenland zu vereinen. Daraufhin besetzte die türkische Armee den Nordteil der Insel. 1983 wurde die *Türkische Republik Nordzypern* proklamiert, bis heute sind zehntausende türkische Soldaten im Nordteil Zyperns stationiert.

von Privathaushalten und Kleinbetrieben nicht nur in Griechenland, sondern auch in Zypern in die Höhe. Schlimmer noch wirkte sich die enge Verflechtung der Banken aus. Die großen zyprischen Banken, deren Bilanzvolumen mittlerweile das Vierfache des Bruttoinlandsproduktes ausmachte, hatten rund 40 % ihrer Kredite in Griechenland vergeben und mussten eine Welle zunehmender Kreditausfälle verbuchen.

171

Um den eigenen Kunden trotzdem weiterhin großzügige Guthabenzinsen zahlen zu können, kauften die zyprischen Banken 2010 und 2011 im großen Stil griechische Staatsanleihen auf – zu einem erheblichen Teil von der *Deutschen Bank*. Für eine Weile schien das die Probleme einzugrenzen, denn Griechenland zahlte wegen der Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit durch die Ratingagenturen außergewöhnlich hohe Zinsen. Wie sich zeigen sollte, profitierte langfristig aber ausschließlich die Deutsche Bank von dem Deal.

Im Juni 2011 kam es auf einem Marinestützpunkt im Süden Zyperns zu einer verheerenden Explosion, bei der das wichtigste Kraftwerk der Insel zerstört wurde. Die Reparaturkosten rissen ein zusätzliches Loch von fast 1 Mrd. Euro in den Staatshaushalt. Zusammen mit der EU erarbeitete die Regierung ein Sparprogramm in Höhe von 750 Mio. Euro. Die Löhne im öffentlichen Dienst sollten für zwei Jahre eingefroren, die Sozialleistungen für Angestellte gekürzt, die Kapitalertragsteuer ebenso wie der Steuersatz für Jahreseinkommen über 60.000 Euro erhöht und die Mehrwertsteuer von 15 % auf 17 % angehoben werden. Die Ankündigung der Maßnahmen traf bei der Bevölkerung auf so großen Widerstand, dass die Anhebung der Mehrwertsteuer zunächst ausgesetzt wurde.

Im Oktober 2011 erfolgte der nächste Paukenschlag. Griechenland einigte sich mit der Troika auf einen Schuldenschnitt in Höhe von 53,5 %. Während sich die Verantwortlichen bei der *Deutschen Bank* in Frankfurt die Hände rieben, weil sie ihre griechischen Staatsanleihen rechtzeitig abgestoßen hatten, bedeutete die Regelung allein für die beiden größten zyprischen Banken Verluste in Höhe von 4,2 Mrd. Euro. Da die Proteste im Lande zunahmen und die Zusammenarbeit von Politikern und Troika immer stärker ins Fadenkreuz der Kritik geriet, versuchte die politische

Führung des Landes, sich durch kritische Äußerungen von der Troika zu distanzieren und einzelne mit ihr abgesprochene Maßnahmen zu boykottieren.

172

Das wiederum weckte das Interesse der politischen Führung in Moskau, für die es zu diesem Zeitpunkt zwei gute Gründe gab, ihre Beziehungen zur zyprischen Regierung zu verbessern. Zum einen war die Zukunft des einzigen russischen Marinestützpunktes im Mittelmeer im syrischen Tartus wegen der angespannten Lage in Syrien gefährdet und die Führung in Moskau an den Häfen Limassol oder Larnaka auf Zypern als Ersatz dafür interessiert. Zum anderen waren kurz zuvor im östlichen Mittelmeer reiche Erdgasvorkommen entdeckt worden, die die Aufmerksamkeit der russischen Energieunternehmen auf sich gezogen hatten. Um sich alle Optionen offenzuhalten, nutzte Moskau die Gunst der Stunde und gewährte der Regierung in Nikosia im Dezember 2011 einen bilateralen Kredit in Höhe von 2,5 Mrd. Euro zum Vorzugszinssatz von 4,5 %.

Gegenüber der Troika war die Abmachung Zyperns mit Russland nichts weniger als eine Provokation. Trotzdem reagierten sowohl der IWF als auch die EU und die EZB mit großer Gelassenheit, und das nicht ohne Grund: Alle drei wussten, dass Russlands finanzielle Möglichkeiten auf Dauer nicht ausreichen würden, um ein Land zu retten, dessen gefährdeter Finanzsektor mittlerweile mit einer Bilanzsumme von über 150 Mrd. Euro zu Buche schlug. Außerdem war man sich in den Führungsetagen von IWF, EU und EZB sicher, über genügend Instrumente zu verfügen, um die widerspenstige Führung des kleinsten Euro-Zonen-Landes im Bedarfsfall in die Knie zu zwingen.

Wie recht die Troika mit dieser Einschätzung hatte, sollte sich schon bald zeigen. Während sich Zyperns Finanzlage weiter verschlechterte, hob die EU die Eigenkapitalrichtlinien für zyprische Banken auf 9 % an und löste damit allein bei der *Cyprus Popular Bank* einen Finanzbedarf in Höhe von 1,8 Mrd. Euro aus, der bis Mitte 2012 gedeckt werden musste. Als die zyprische Regierung sich wegen eines weiteren Kredits erneut an Moskau wandte, schaltete sich die EZB, die das zyprische Bankensystem seit April 2012 im Rahmen der *Emergency Liquidity Assistance* (ELA) mit

mehreren Milliarden Euro gestützt hatte, ein und verkündete, dass zypriische Staatsanleihen aufgrund der Abwertung durch die Ratingagentur Fitch im Euro-System nicht mehr als Sicherheit akzeptiert würden – eine Maßnahme, die sie nicht einmal im Fall Griechenlands ergriffen hatte.

173

Damit war Zypern von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten und der Widerstand der Regierung in Nikosia gebrochen. Der Führung des Landes blieb nichts anderes übrig, als die Troika um Hilfe zu bitten und damit den Weg in den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang des Landes freizumachen. Die internationalen Medien erweckten wieder einen völlig anderen Eindruck: Obwohl die Troika selbst dafür gesorgt hatte, dass Zypern unter den Rettungsschirm schlüpfen musste, hieß es, sie habe »helfend eingegriffen« und verhandle nun mit der Regierung, um Zypern finanziell wieder auf die Beine zu bringen.

Beim anschließenden Kassensturz zeigte sich, dass Zyperns Finanzlage erheblich bedrohlicher war als angenommen. Die Bilanzsumme des Bankensektors betrug mittlerweile fast das Achtfache des Bruttoinlandsproduktes, die Bruttostaatsverschuldung lag bei 87 Prozent. Außerdem standen mindestens 22 Milliarden Euro an Privat- und Unternehmenskrediten in Griechenland in den Büchern zyprischer Banken. Selbst bei vorsichtigen Schätzungen lag der vorläufige Finanzierungsbedarf bei über 15 Mrd. Euro.

Die Zahlen machten allen Beteiligten klar, dass die bisherigen Rettungsprogramme an ihre Grenzen stießen. Steuererhöhungen, Lohnsenkungen, Kürzungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst reichten in einem Land mit weniger als einer Million Einwohner nicht mehr aus, um den Finanzierungsbedarf zu decken. Außerdem war Zypern nach Irland, Portugal, Griechenland und Spanien bereits das fünfte von 17 Euro-Ländern, das sich nicht mehr aus eigener Kraft aus dem Sumpf der Verschuldung befreien konnte. Die bis dahin angefallene Gesamtsumme von 1,6 Billionen Euro Rettungskosten übertraf alles, was man sich zu Beginn der Krise vorgestellt hatte. Mit dem ESM (*Europäischer Stabilitätsmechanismus*), der Mitte 2012 seine Arbeit aufnahm und die EFSF (*Europäische Finanzstabilisierungsfazilität*) ab Mitte 2013 ablösen sollte, hatte die EU

bereits die größte Bank der Welt mit einem Stammkapital von 700 Mrd. Euro gegründet. Dass allein Griechenland und Spanien es bei der Staatsverschuldung mittlerweile zusammen auf 1,4 Billionen Euro und damit das Doppelte des ESM-Stammkapitals brachten, zeigte, welche Dimension das Gefälle zwischen dem Finanzbedarf und den zu seiner Deckung bereitgestellten Mitteln bereits angenommen hatte.

Im Grunde stand die Finanzwelt an der Schwelle zur dritten Stufe der weltweiten Krise, die durch den Zusammenbruch des Subprime-Hypothekenmarktes in den USA ausgelöst worden war. Auf Stufe 1 hatte man den drohenden Zusammenbruch »systemrelevanter Finanzinstitutionen« durch den Einsatz von Steuergeldern verhindert. Auf Stufe 2 hatte man versucht, die dadurch entstandenen Löcher in den Staatshaushalten zu stopfen, indem man der arbeitenden Bevölkerung Austeritätsprogramme auferlegte. Auf Stufe 3 musste man sich nun eingestehen, dass Austeritätsprogramme allein nicht mehr ausreichten, um die nötigen Summen aufzubringen. Zur Stabilisierung des globalen Finanzsystems musste also eine neue Geldquelle aufgetan werden.

Wie diese Quelle aussehen könnte, wurde bereits seit einiger Zeit in internationalen Finanzkreisen diskutiert. Die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* hatte 2010 ein Weißbuch veröffentlicht, in dem »für den Fall zukünftiger Bankkrisen« erstmals ein Modell zur Diskussion gestellt wurde, für das man auch gleich einen neuen Namen erfunden hatte: Bail-In. Im Gegensatz zum Bail-Out – der Rettung zahlungsunfähiger Banken mit Steuergeldern – handelt es sich beim Bail-In um die Beteiligung von Anteilseignern und Gläubigern einer Bank an deren Verlusten. Anders ausgedrückt: In Not geratene Banken sollten nicht mehr über den Umweg des Staates, sondern durch den direkten Zugriff auf das Vermögen von Kleinaktionären und Sparern gerettet werden.

Die Idee der BIZ war umgehend vom *Financial Stability Board* (FSB) aufgegriffen worden, das seit 2009 im Auftrage der G20 das globale Finanzsystem überwacht und zu dessen Mitgliedern auch der IWF zählt. Unter seinem ersten Chef Mario Draghi, damals auch Gouverneur der italienischen Zentralbank, veröffentlichte das FSB im Juli 2011 ein Kon-

sultationspapier zum Thema Bail-In mit dem Titel »Effektive Auflösung systemrelevanter Finanzinstitutionen«, in dem bereits sehr detaillierte Vorschläge zur Durchführung eines Bail-In enthalten waren. Unter anderem wurde vorgeschlagen, »neue Firmenanteile in einem beschleunigten Verfahren ohne Zustimmung der Aktionäre auszugeben« und »das Vorkaufsrecht von Anteilseignern an der aufzulösenden Firma außer Kraft zu setzen«.

175

Die Schweiz, die in der Frage der Bankenregulierung europaweit aus Vorreiterin gilt, reagierte umgehend. Am 1. September 2011 gab die Schweizer Finanzmarktaufsicht *Finma* die »revidierten Sanierungsbestimmungen« des Schweizer Bankengesetzes bekannt, in denen die »Umwandlung von Einlagen in neues Aktienkapital ... zur Aufrechterhaltung systemkritischer Funktionen im Krisenfall« geregelt wird. Hier wurden neue rechtliche Grundlagen dafür gelegt, marode Banken nicht mehr durch den Staat, sondern durch die Heranziehung des Vermögens von Kleinaktionären und Sparern zu retten.

Auch der IWF nahm sich des Themas an und veröffentlichte am 24. April 2012 ein Diskussionspapier mit dem Titel »Vom Bail-Out zum Bail-In«. Unter dem heuchlerischen Vorwand, »Steuerzahler vor der Belastung durch Bankenverluste« schützen zu wollen, entwarfen Spezialisten seiner Rechtsabteilung und seiner Geld- und Kapitalmarktabteilung einen weitgehend ausgefeilten Plan zur massenhaften Enteignung von Einlegern, Kleinaktionären und Inhabern von Schuldverschreibungen.

Auffällig war die schonungslose Klarheit, mit der das Papier die Situation der globalen Finanzwirtschaft einschätzte. Während die IWF-Führung bei allen offiziellen Gelegenheiten ihren Teil dazu beitrug, das Märchen von der »wirtschaftlichen Erholung« zu verbreiten, hieß es dort unumwunden: »Die potentiellen Risiken, die die systemrelevanten Finanzinstitutionen für die Finanzstabilität darstellen, haben zugenommen« und »der europäische und der US-amerikanische Finanzsektor sind stärker konzentriert als je zuvor, was das Too-big-to-fail-Problem erschwert«. Außerdem wurde eingeräumt, dass »das Schattenbankensystem, das bei der

Entstehung und Verbreitung von Systemrisiken eine entscheidende Rolle gespielt hat, weiterhin unterreguliert ist.«

176

Im weiteren Verlauf wurde nicht nur in konkreten Schritten beschrieben, wie Bail-Ins durchzuführen sind, sondern auch empfohlen, wie in den Augen des IWF mit der Justiz umzugehen war: »Es gibt zwingende Argumente für eine Verfahrensweise, die die Rolle der Gerichte verringert. Angesichts der Notwendigkeit, schnell zu handeln und Restrukturierungsentscheidungen in die Hand von Verantwortlichen mit der notwendigen technischen Expertise zu legen, erschien es angemessener, diese Entscheidungen von den Bankenaufsichtsbehörden vornehmen zu lassen.«

Genau dieses Papier sollte als Leitfaden für die Strategie der Troika gegenüber Zypern dienen. Bis Anfang 2013 wurde ein Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, der Folgendes vorsah: Die Regierung in Nikosia sollte einen Kredit in Höhe von 10 Mrd. Euro erhalten. Neun Milliarden kamen vom ESM, eine Milliarde steuerte der IWF bei, der Zinssatz betrug 2,5 %, die Tilgung war für die Jahre 2023 bis 2035 vorgesehen. Im Gegenzug dafür sollte die zyprische Regierung die zweitgrößte Bank des Landes abwickeln, ihre bei der EZB anhängigen Schulden auf die größte Bank übertragen und sich zu einem drastischen Sparprogramm und einer finanziellen Eigenleistung in Form eines Bail-In in Höhe von 5,8 Mrd. Euro verpflichten.

Das Sparprogramm mit einem Volumen von 351 Mio. Euro umfasste eine Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst um 6,5 bis 12,5 Prozent, eine Rentenkürzung um 3 Prozent, die Einführung neuer Immobiliensteuern über 70 Mio. Euro, die Erhöhung der Unternehmenssteuer von 10 auf 12,5 Prozent, die Erhöhung von Steuern auf Tabak, Alkohol und Kraftstoff, die Erhöhung der Mehrwertsteuer im laufenden Jahr von 17 auf 18 und im kommenden Jahr auf 19 %, die Anhebung der Besteuerung von Zinserträgen von 15 % auf 30 % sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben. Der Bail-In-Plan sah vor, Sparer mit Bankeinlagen bis zu 100.000 Euro mit einer einmaligen Zwangsabgabe von 6,75 %, Investoren mit Einlagen über 100.000 Euro mit einer Zwangsabgabe von 9,9 % zu belegen. Begleitet werden sollte die Umsetzung der Maßnah-

men durch einen »Bank Holiday«, d. h. die vorübergehende Schließung der Banken.

Das Programm war nicht nur innerhalb der EU, sondern weltweit der bis dahin schärfste in einem Schlag ausgeführte Angriff auf die arbeitende Bevölkerung eines Landes. Kein Wunder also, dass die Regierung in Nikosia ihre Zustimmung immer wieder unter verschiedenen Vorwänden hinauszögerte.

177

Um westlichen Banken Gelegenheit zu geben, ihre fest angelegten Gelder abzuziehen, ließ die Troika die Regierung bis zum März 2013 gewähren. Dann zeigte sie einmal mehr, wer nun auf Zypern das Sagen hatte. Mit der Drohung, die Notfall-Geldhilfe für die *Cyprus Popular Bank* einzustellen und damit den Weg für einen ungeordneten Staatsbankrott freizumachen, wurden der politischen Führung des Landes die Daumenschrauben angelegt.

Wenige Tage später gab die Regierung in Nikosia der Öffentlichkeit das Sparprogramm bekannt und sorgte gleichzeitig zusammen mit der EZB dafür, dass keine größeren elektronischen Transaktionen mehr getätigt und nur noch Beträge bis zu 400 Euro am Bankautomaten abgehoben werden konnten. Die Folge war ein Aufschrei, wie ihn das Land seit Jahrzehnten nicht erlebt hatte. Ab dem 15. März gingen Tausende auf die Straße, belagerten öffentliche Gebäude und protestierten so heftig, dass die Regierung sich aus Sicherheitsgründen gezwungen sah, die für den 17. März geplante Parlamentsdebatte zu verschieben.

Am 18. März schwoll der Protest dermaßen an, dass die Regierung einen Beschwichtigungsversuch unternahm und versprach, Kleinanleger mit Konten unter 20.000 Euro von der Regelung auszunehmen. In der Nacht auf den 19. März kam das Parlament schließlich zusammen und stimmte über das Rettungspaket ab. Das Ergebnis war ein Schlag ins Gesicht der Troika: Nicht ein einziger Abgeordneter stimmte dafür, 36 stimmten dagegen, 19 enthielten sich der Stimme.

Die Funktionäre von IWF, EU und EZB schäumten vor Wut und begannen, öffentlich einen Rauswurf Zyperns aus der Euro-Zone zu diskutieren. Aus Angst vor einem Run auf die Banken ordnete die zyprische Regierung an, den Bank Holiday bis zum Ende der Woche auszudehnen und die Höhe der Auszahlungen an Bankautomaten auf 100 Euro zu begrenzen. Dann unternahm sie einen letzten Versuch, ein Bail-In zu umgehen, und brachte einen Rettungsfonds ins Gespräch, der mit Goldreserven, Kapital der Kirche und Geldern aus der Pensionskasse gefüllt werden und berechtigt sein sollte, Staatsanleihen auszugeben. Die Troika reagierte mit der Ankündigung, die Notfallkreditlinie für Zyperns Banken ab Montag, den 25. März, zu kappen, falls sich die zyprische Regierung ihren Forderungen weiterhin widersetzte.

Am Freitag, den 22. März, schaltete sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ein und warnte Zypern in scharfem Ton, die Geduld der Euro-Staaten nicht noch länger zu strapazieren. Mit Erfolg, denn noch am selben Abend stimmte das zyprische Parlament großen Teilen des Rettungsplans zu. Zwei Tage später reiste der zyprische Präsident zu einer Sondersitzung der Euro-Finanzminister nach Brüssel. In der Nacht auf Montag, den 25. März – noch vor der Öffnung der europäischen Börsen – wurde offiziell eine Einigung erzielt. Sie entsprach weitgehend den Forderungen der Troika, nur die Bedingungen des Bail-In wurden noch nicht festgeschrieben. Dafür wurde angekündigt, dass Einlagen in der *Bank of Cyprus* unter 100.000 Euro verschont, Einlagen über 100.000 Euro dagegen eingefroren und später mit ca. 40 % an den Kosten der Rettung beteiligt würden.

Um die europäische Öffentlichkeit auf die Seite der Troika zu ziehen und die wahre Bedeutung des Bail-In zu verschleiern, wurde umgehend eine Medienkampagne gestartet, in der Zypern als Hort russischer Schwarzgelder und der Bail-In für Einlagen über 100.000 Euro als moralisch gerechtfertigte Besteuerung ultrareicher Oligarchen präsentiert wurde. Wie wenig diese Darstellung mit der Wirklichkeit zu tun hatte, konnten zyprische Bürger bereits am 28. März feststellen, als die Banken der Insel, von der britischen Sicherheitsfirma *G4S* bewacht, nach zwölf Tagen wieder öffneten. Die Kapitalverkehrskontrollen erlaubten ihnen ab sofort

nur noch, 300 Euro pro Tag von ihren Konten abzuheben und bis zu 2.000 Euro pro Monat außer Landes zu überweisen. Schecks waren ab sofort verboten.

179

Für russische Oligarchen hingegen bestanden derartige Hindernisse nicht. Sie hatten, wie die Öffentlichkeit erst später erfahren sollte, während des gesamten Bank Holidays die Möglichkeit, über die Londoner Filialen der beiden zyprischen Großbanken Geld ins Ausland zu transferieren – ohne Limits für die Überweisungen. Da die *Bank of Cyprus* mit 80 % an der russischen *Uniastrum-Bank* beteiligt war, waren auch hier Transfers ohne jegliche Begrenzung möglich. Dass die russische Regierung der EU nach der endgültigen Verabschiedung des Rettungsplanes volle Kooperation bei der Restrukturierung der Banken in Zypern zusagte, deutet darauf hin, dass Brüssel und Moskau sich hinter den Kulissen abgesprochen hatten. Dass die EZB Lettland öffentlich warnte, der Beitritt des Landes zum Euro sei gefährdet, wenn es den russischen Geldern Unterschlupf gewähren sollte, darf als gezielte Ablenkung von den Geldströmen nach London und Moskau gewertet werden.

Die russischen Oligarchen waren im Übrigen nicht die Einzigen, die ihre Vermögen rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Wohlhabende Briten nutzten ebenfalls die Transfermöglichkeit nach London, während griechische Reeder ihre Vermögen bereits in den Monaten zuvor auf Konten der norwegischen Großbank *DNB* deponiert hatten. Wie der Notenbank-Gouverneur später zugab, hatten »besser informierte« Anleger (womit er vor allem deutsche und französische Großbanken meinte) bereits im Jahr 2012 mehr als 10 Milliarden Euro von der Insel geschafft.

Eindeutige Verlierer des endgültigen Bail-In, das Ende April verkündet wurde und in dem aus den zunächst angekündigten 40 % am Ende bis zu 80 % Verlust wurden, waren mehr als 60.000 Anleger, die ihre Ersparnisse in Anleihen der beiden großen Banken investiert hatten und die fast alles verloren. Unter ihnen waren viele kleine und mittelständische Unternehmer, die nun nicht mehr an Geld kamen, das sie dringend zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe brauchten. Am schlimmsten betroffen aber waren die zyprischen Arbeitnehmer, deren Lebensstandard durch

das gesamte Rettungspaket drastisch gesenkt wurde und die sich auf Jahrzehnte einrichten mussten, in denen sie die Last höherer Schulden, geringerer Einkommen und eines weitgehend aufgelösten Sozialsystems zu tragen haben.

Hauptgewinner der Zypernkrise waren zweifellos die europäischen Großbanken. Vor allem deutsche und französische Institute hatten sich jahrelang bei der EZB Gelder zu Niedrigtarifen leihen und diese in Zypern zu Zinssätzen zwischen 2,8 % und 4,9 % anlegen können. Nach Einsetzen der Krise hatte sich die Troika von 2012 bis 2013 auf die Hinhaltenaktik der zyprischen Regierung eingelassen und den Banken so genug Zeit verschafft, den Großteil ihrer Gelder samt Gewinnen vor dem Bail-In in Sicherheit zu bringen. Die Austrocknung des zyprischen Bankwesens veranlasste viele Unternehmen, ihre Bankgeschäfte in größere westeuropäische Länder zu verlagern. Außerdem wurden Milliardenbeträge vor allem russischer Investoren auf westliche Banken transferiert, mit denen diese ihren durch die Krise erhöhten Bedarf an Bareinlagen decken konnten. Für die großen Finanzplätze New York, London und Zürich bedeutete die Zerschlagung des zyprischen Finanzsektors zudem den Wegfall eines Konkurrenten und damit eine Stärkung ihrer globalen Machtposition.

Auch westliche Konzerne zählten zu den Gewinnern. Zum einen konnten sie in Finanznot geratene mittelständische Betriebe zu Schleuderpreisen aufkaufen und die bis Anfang 2014 auf 15 % angestiegene Arbeitslosigkeit nutzen, um Löhne und Produktionskosten zu drücken und die Unternehmen »international wettbewerbsfähig« zu machen. Zum anderen bot (und bietet) sich ihnen als weitere Investitionsmöglichkeit das Privatisierungsprogramm an, das die Regierung verpflichtet, durch den Verkauf staatlichen Eigentums wie der Elektrizitätsgesellschaft *AHK*, der zyprischen *Telekom* und der beiden wichtigsten Häfen des Landes in Limassol und Larnaka bis 2018 1,4 Mrd. Euro zur Schuldendeckung einzunehmen.

Auch die Öl- und Erdgasvorkommen in der Ägäis sind inzwischen in das Fadenkreuz westlicher Konzerne gerückt. Bis Anfang 2014 reichten 15 Großunternehmen aus 14 Ländern, darunter die USA, Frankreich,

Italien, Australien, Russland, Südkorea und Malaysia, offizielle Gesuche für Erschließungsrechte ein. Deren Vergabe an ausländische Multis im Rahmen der Privatisierung wird dafür sorgen, dass langfristig kaum ein Cent der 600 Mrd. Euro, auf die die Ressourcen im Mittelmeer geschätzt werden, in die leeren Kassen der verarmten arbeitenden Bevölkerung Zyperns fließt, der Löwenanteil des Gewinns aber in die Taschen steinreicher internationaler Investorengruppen wandert.

Die Euro-Krise nach Zypern – der IWF verlangt die Institutionalisierung des Raubes

Die Wirkungsweise eines Bail-In ist im Grunde so einfach wie perfide: Eine Investorengruppe verdient mit einer Bank so lange viel Geld, bis diese durch Spekulationsgeschäfte ihres Managements in Zahlungsschwierigkeiten gerät. Um das zur Sanierung der Bank benötigte Kapital aufzubringen, werden nun nicht etwa die Investoren aufgefordert, ihre jahrelang angehäuften Gewinne anzutasten. Auch die Manager, die die Fehlspekulation zu verantworten haben, werden nicht herangezogen, um sich an den Verlusten zu beteiligen. Stattdessen werden Einleger, Sparer und Kleinaktionäre, die mit der Geschäftspolitik der Bank nicht das Geringste zu tun haben, gezwungen, einen Teil ihrer Guthaben herauszugeben und anschließend tatenlos zuzusehen, wie ihr bis dahin sicher geglaubtes Geld an die Investoren weitergereicht wird. Nicht nur, dass der Staat sich auf diese Weise als Dieb betätigt. Er leitet das erarbeitete Vermögen berufstätiger Menschen auch noch in die Hände genau derer weiter, die die Probleme durch das Eingehen zu hoher Risiken verursacht haben, und sorgt so dafür, dass sich das Spekulationskarussell auch nach der Bankenpleite weiterdrehen kann.

Mit welcher Unnachsichtigkeit der IWF diese Politik verfolgt, zeigte er in Zypern. Er trat zu keinem Zeitpunkt dafür ein, Anleger unter 100.000 Euro vom Bail-In auszunehmen, sondern forderte mit der Troika zusammen sogar ihre 6,75%ige Beteiligung an der Maßnahme. Dass es nicht dazu kam, lag ausschließlich daran, dass die Troika vor den wütenden Protesten großer Teile der Bevölkerung zurückschrak und deshalb aus rein taktischen Gründen nicht auf ihrer Forderung beharrte.

Die internationale Finanzindustrie war trotzdem mit der zyprischen Lösung zufrieden. Gleich nach dem Vollzug des Bail-In verkündete das IIF (*Institute of International Finance*), die weltweit mächtigste Lobbyorganisation der Finanzindustrie, »der Zypern-Ansatz... könnte sehr wohl zu einem Modell für den Umgang mit Zusammenbrüchen anderswo in Europa werden« und »Investoren wären gut beraten, wenn sie den Ausgang der Ereignisse in Zypern... als ein Abbild zukünftiger Stressbewältigung sähen«.

Sowohl die USA als auch Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland beeilten sich, dem Schweizer Beispiel zu folgen, und trafen umgehend Vorkehrungen, das Bail-In-Prinzip in ihr Rechtssystem aufzunehmen. In einem gemeinsamen Papier mit dem Titel »Die Rettung global tätiger systemrelevanter Finanzinstitute« schlugen die Bank von England und der US-amerikanische Einlagen-Sicherungsfonds *FDIC* darüber hinaus vor, einen Teil der zwangseingefrorenen Summen in Bankanleihen umzuwandeln, die Einleger also in begrenztem Umfang zu Aktionären zu machen. Was vordergründig wie ein Entgegenkommen aussah, war in Wirklichkeit nichts anderes als ein geschickter Schachzug, um den Einlegern die nach angelsächsischem Recht bestehende Möglichkeit eines juristischen Einspruchs zu nehmen.

Für die EU leitete der zyprische Bail-In eine neue Etappe bei der Bewältigung der Euro-Krise ein. Da abzusehen war, dass die Mittel des ESM auf Dauer nicht ausreichen würden, um ständig neue Banken vor dem Zusammenbruch zu retten, machten sich die zuständigen Gremien in Brüssel umgehend ans Werk, um das Bail-In-Prinzip so schnell wie möglich juristisch in den EU-Richtlinien zu verankern.

Meldungen hierüber sorgten im Frühsommer 2013 für Unruhe an den Finanzmärkten. Zahlreiche Banken fürchteten, Kleinanleger könnten ihre Konten noch vor dem Inkrafttreten einer gesetzlichen Regelung räumen und so möglicherweise einen Banken-Run auslösen. Daraufhin trat Jeroen Dijsselbloem, der Präsident der Euro-Gruppe (das EU-Gremium, das die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Euro-Zonen-Länder koordiniert) an die Öffentlichkeit, dementierte die Pläne und bezeichnete Zy-

pern als »einen Sonderfall mit außergewöhnlichen Bedingungen«. Seine Aussagen hinderten die Juristen der EU nicht, die Vorbereitungen für eine gesetzliche Regelung hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ungebremst weiter voranzutreiben.

185

Am 1. August 2013 war es so weit. Die EU verabschiedete eine ohne Beratung oder Abstimmung des EU-Parlaments, dafür aber unter Mitarbeit von Bankenvertretern der *Internationalen Swaps- und Derivate-Vereinigung* (ISDA) zustande gekommene Richtlinie, in der es heißt: »Banken mit einer ausgewiesenen Kapitallücke müssen dafür sorgen, dass Anteilseigner wie auch Inhaber nachrangiger Schuldtitel einen angemessenen Beitrag zur Deckung des Kapitalbedarfs leisten, bevor sie staatliche Rekapitalisierungen oder Maßnahmen zum Schutz ihrer wertgeminderten Vermögenswerte in Anspruch nehmen können.«⁵⁰

Die EU hatte ganze Arbeit geleistet. Keine sechs Monate nach dem Bail-In in Zypern war die Beteiligung von Anlegern nun europaweit juristisch festgeschrieben. Es schien, als sei damit eines der Hauptprobleme der europäischen Finanzwirtschaft gelöst, denn immerhin hielten die Banken in den 17 Euro-Zonen-Ländern insgesamt 860 Mrd. Euro an ungesicherten Einlagen, die nun für Bail-Ins herangezogen werden konnten. Doch schon wenige Tage nach der Verabschiedung der Richtlinie zogen zwischen Brüssel und Frankfurt dunkle Wolken auf. Kurze Zeit später brach ein seit einiger Zeit schwelender Streit zwischen EZB und EU offen aus.

Den Anlass für die Auseinandersetzungen lieferte die EBA (*Europäische Bankenaufsichtsbehörde*), die für 2014 einen Stress-Test für europäische Banken plante. Es war nicht auszuschließen, dass einige Banken ihn nicht bestehen und ihr Eigenkapital deshalb würden aufstocken müssen. Da gemäß der Richtlinie vom 1. August hierfür nun zunächst die Sparer und Gläubiger der Banken herangezogen werden mussten, fürchtete die EZB,

⁵⁰ Unter »nachrangigen« Gläubigern sind vor allem Kleinanleger und Kleinaktionäre zu verstehen, »vorrangige« Gläubiger sind offizielle Institutionen wie Banken, Behörden oder Finanzorganisationen, die vom Bail-In verschont bleiben.

dass Anleger bei der ersten Anwendung der neuen Regelung in Panik geraten und den Euro-Raum in Massen verlassen könnten.

186 Für die EU dagegen bedeutete die Bail-In-Regelung in erster Linie eine Entlastung des ESM. Insbesondere Deutschland, das als stärkste Wirtschaft der Euro-Zone mit den höchsten Bürgschaften am ESM beteiligt war, pochte darauf, dass im Falle der Erhöhung des Eigenkapitals einer Bank zunächst Gläubiger und Anleger und erst dann der ESM und damit auch der deutsche Staat belastet wurden.

Im Grunde spiegelten die Meinungsverschiedenheiten zwischen EU und EZB das Dilemma wider, in dem sich die europäische Finanzwirtschaft im Herbst 2013 befand: Die Bilanzsumme des Bankensektors war mit 66 Billionen Euro inzwischen viermal so groß wie die Wirtschaftsleistung des Kontinents. Um das System im Fall eines Crashes zu retten, wurden Summen benötigt, die weit jenseits von allem lagen, was Staaten oder Bankeinleger aufbringen konnten. Beide Maßnahmen – sowohl Bail-Out als auch Bail-In – waren auf lange Sicht nichts anderes als Flickwerk und höchstens dazu geeignet, das System vorübergehend zu stabilisieren. Das große Problem bestand darin, dass außer beiden Möglichkeiten keine weitere Option zur Lösung des Problems auf dem Tisch lag – so lange jedenfalls, bis der IWF am 9. Oktober 2013 mit einem Paukenschlag aufwartete.

In einem einhundertseitigen Bericht im Rahmen ihrer seit 2009 erscheinenden Publikation *Fiscal Monitor* mit dem Titel »Taxing Times« (»Zeit für Steuern«) unterzog die Steuerabteilung des IWF die globale Steuerpolitik einer akribischen Analyse. Begleitet von Dutzenden von Statistiken gab das Papier einen Überblick über die Entwicklung des internationalen Steueraufkommens seit der Krise von 2007 und wartete mit ernüchternden Wirtschaftsdaten auf. So war die Verschuldung der Euro-Staaten auf 8,6 Billionen Euro gestiegen, die öffentliche Schuldenquote 2014 näherte sich im Durchschnitt aller Länder dem historischen Höchststand von 110 % des Bruttoinlandsprodukts. Europa stand kurz davor, seinen Schuldenstand von 2007, also vor der Finanzkrise, um mehr als ein Drittel zu übertreffen.

In der Mitte des Papiers, auf Seite 49, fand sich ein Absatz von gerade einmal 15 Zeilen, in dem es unter der Überschrift »Eine einmalige Vermögensabgabe?« hieß: »Die deutliche Verschlechterung der öffentlichen Finanzen in vielen Ländern hat das Interesse an einer ‚Vermögensabgabe‘ – einer einmaligen Steuer auf Privatvermögen – als außerordentliche Maßnahme zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit erneut aufleben lassen. Der Anreiz besteht darin, dass eine solche Steuer, wenn sie erhoben wird, bevor ihr ausgewichen werden kann, und der Glaube vorherrscht, dass sie niemals wiederholt werden wird, keine Verhaltensverzerrung bewirkt (und von einigen als fair angesehen wird).«

187

Filterte man aus den überaus schwammigen Formulierungen die Essenz des Textes heraus, so wurde hier eine Zwangsabgabe auf private Vermögen beschrieben, die folgende Eigenschaften besitzt: Erstens können die Betroffenen ihr nicht entgehen, zweitens glauben sie, dass sie nur ein einziges Mal eingetrieben wird, und drittens versuchen sie nach ihrer Durchsetzung nicht, ihre Vermögen abzuziehen oder anders als vorher (z. B. im Ausland) anzulegen. Im weiteren Verlauf des Papiers wurden prominente Vertreter einer solchen Idee aus der Wirtschaftsgeschichte angeführt und ihre Erfolgsaussichten als »stark« beschrieben.

Nach dem Hinweis, dass die Maßnahme gegen die Risiken der Alternativen – staatlicher Schuldenschnitt oder Inflation – abgewogen werden müsse, wurde dann der »überraschend große Erfahrungsschatz« erwähnt, auf den man zurückgreifen könne. Im letzten Absatz hieß es sehr konkret: »Um die Schuldenquote auf das Niveau vom Jahresende 2007 zu senken, bedürfte es (für eine Auswahl von 15 Euro-Zonen-Ländern) eines Steuersatzes von etwa 10 % auf alle Haushalte, die über Kapitalvermögen verfügen.«

Der Text schlug weltweit wie eine Bombe ein und veranlasste den IWF innerhalb weniger Tage, sich öffentlich davon zu distanzieren. Es handle sich um »ein rein theoretisches Gedankenspiel«, erklärte eine Sprecherin und verwies darauf, dass im zweiten Absatz sogar Kritik an der Zwangsabgabe geübt werde. Ein kurzer Blick auf den zweiten Absatz genügte jedoch, um sich davon zu überzeugen, dass das nicht der Wahrheit ent-

sprach. In dem Papier wurde nur festgestellt, dass die Abgabe in der Vergangenheit vor allem deswegen versagt habe, weil »eine Verzögerung bei ihrer Einführung Raum für ausgiebige (Steuer-)Vermeidung und Kapitalflucht gelassen habe. In anderen Worten: Es wurde nicht kritisiert, sondern auf Schwachpunkte bei der bisherigen Durchführung hingewiesen.

Dass es sich bei »Taxing Times« keinesfalls um reine Gedankenspielerlei handelte, bewies auch die Passage, in der »der überraschend große Erfahrungsschatz«, auf den man zurückgreifen könne, historisch konkretisiert wurde. Die Autoren erinnerten daran, dass »derartige Abgaben in großem Stil in Europa nach dem Ersten Weltkrieg und in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg angewandt wurden«, und machten damit mehr als deutlich, dass man sich hier nicht im Reich der Phantasie, sondern auf dem Boden der Realpolitik bewegte.

Der IWF-Vorschlag für eine Zwangsabgabe war also alles andere als ein zufällig aufgestiegener Luftballon. Ebenso wie beim Bail-In-Vorschlag vom April 2012 handelte es sich um eine sorgfältig geplante Aktion, mit der die öffentliche Diskussion in die vom IWF gewollte Richtung gelenkt werden sollte. Dass es empörte Reaktionen geben würde, war von den Verantwortlichen einkalkuliert worden und diente dazu, Dampf abzulassen und die Öffentlichkeit schon einmal mit der Idee einer Zwangsabgabe vertraut zu machen.

In dem Papier wurde übrigens in einer winzigen Fußnote auf ein Papier des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) von 2012 verwiesen, in dem der Ökonom Stefan Bach nachgewiesen hatte, dass eine einmalige Zwangsabgabe in Höhe von 10 % in Deutschland rund 230 Mrd. Euro einbringen könnte. Allerdings gab es zwischen dem (später zurückgenommenen) DIW-Vorschlag und dem des IWF einen entscheidenden Unterschied: Bach hatte in seinem Papier Vermögen von unter 250.000 Euro ausgenommen und sich nur auf die wohlhabendsten 8 % der Bevölkerung bezogen. Im Text des IWF war davon kein Wort zu lesen.

Bemerkenswert war auch das in »Taxing Times« angeführte Ziel der Maßnahme, das darin bestand, die »Schuldenstände auf Vor-Krisen-Niveau zu senken«. Hier wurde nicht einmal mehr der Anschein erweckt, irgendein Problem – etwa die Krise im Gesundheits- und im Bildungswesen oder die Jugendarbeitslosigkeit – lösen zu wollen. Bei der vorgeschlagenen Einführung der Zwangsabgabe ging es nur noch darum, die Zeit zurückzudrehen und einen sechs Jahre zurückliegenden Zustand wieder herzustellen.

189

Da seit dem Crash von 2007 weltweit keine einzige wirklich durchgreifende Maßnahme getroffen worden war, um die Macht der Banken zu begrenzen oder das internationale Casino des Kapitalismus in seine Schranken zu weisen, war die Wirkungsweise der vom IWF beschriebenen Zwangsabgabe nicht schwer vorauszusagen: Sie würde dem Staat erlauben, einfachen Leuten einen Teil ihres Vermögens – ihre Sparbücher, kleine Aktiendepots, Rücklagen für die Ausbildung von Kindern, Vorsorgen für das Alter – zu entziehen und es denen zur Verfügung zu stellen, die es auf Grund nicht vorhandener gesetzlicher Beschränkungen erneut in den Spekulationskreislauf einspeisen würden, um sich auch in Zukunft ungeachtet aller sozialen Folgen hemmungslos daran zu bereichern.

Schuldenberge, soziale Ungleichheit, Revolution – das Ende des IWF?

Den internationalen Medien zufolge befindet sich die Welt spätestens seit 2011 in einer Phase der wirtschaftlichen und finanziellen Erholung vom Crash von 2007. Journalisten in aller Welt scheuen keine Mühe, ständig neue Signale für einen Aufwärtstrend aufzuspüren und sie der Öffentlichkeit als Beweis für die »Nachhaltigkeit« der Erholung zu präsentieren.

Gleichzeitig gibt es eine Flut von Meldungen, denen zufolge das internationale Finanzsystem am Abgrund steht und sein Zusammenbruch nur noch eine Frage von Tagen oder Wochen ist. Auf dem internationalen Buchmarkt hat sich eine wahre »Crash«-Industrie entwickelt, in der schreibende Untergangspropheten mit ihren mehr oder weniger apokalyptischen Voraussagen ein Millionenpublikum bedienen.

Dass beide Varianten nebeneinander bestehen können, liegt an der Einzigartigkeit der gegenwärtigen Situation. Sie ist das Ergebnis einer Entwicklung, die es so noch nicht gegeben hat und die daher in keine vorhandene Schublade passt. Dennoch wäre nichts falscher, als davon auszugehen, dass sich die Weltwirtschaft auf dem Weg der Genesung befindet. Das Gegenteil ist der Fall: Sämtliche Maßnahmen, die seit dem Einsetzen der Finanzkrise 2007 getroffen wurden, um das System zu stabilisieren, haben ausnahmslos dazu beigetragen, es dauerhaft zu schwächen und langfristig noch anfälliger und instabiler zu machen.

Die globale Schuldenlast, die 2007 noch bei 70 Billionen Dollar lag, ist bis Mitte 2013 auf 100 Billionen Dollar angewachsen. Wo immer die Banken auf gesetzliche Einschränkungen gestoßen sind, haben sie ihre

Aktivitäten in das undurchsichtige Netzwerk der Schattenbanken verlegt. In ihm steckten 2013 – vorsichtigen Schätzungen zufolge – allein in Europa 21 Billionen Dollar. Neben der ausufernden Spekulation hat die Inflationsangst zu einer Flucht in Sachwerte geführt, die die internationalen Immobilienmärkte überhitzt und riesige Preisblasen erzeugt hat. Als gefährlichste Entwicklung dürfte sich die ungehemmte Kreditvergabe an Schwellenländer erweisen. Ungeachtet aller Erfahrungen aus der latein-amerikanischen Krise und der Asienkrise des vergangenen Jahrhunderts haben die internationalen Großbanken ihre Kredite an diese Länder zwischen 2008 und 2013 verdoppelt. Anfang 2014 erreichte der Schuldenstand der Schwellenländer atemberaubende 9,1 Billionen Dollar.

Diese Zahlen lassen keinen Zweifel: Die Gefahren, die in der globalen Finanzwirtschaft lauern, haben nicht abgenommen, sondern in erheblichem Umfang zugenommen. Sie zeigen auch, dass die Finanzbranche durch die Krise nicht etwa zurückhaltender oder vorsichtiger geworden ist. Im Gegenteil: Die großen Finanzinstitutionen gehen seit 2007 keine geringeren, sondern wesentlich höhere Risiken ein als in den Jahren zuvor. Das ist kein Wunder, denn durch ihre Einstufung als »systemrelevant« und damit als »too big to fail« haben die internationalen Großbanken einen Sonderstatus erhalten, den es so in der Geschichte der Wirtschaft noch nicht gegeben hat. Zwar wurden auch in der Vergangenheit Unternehmen vor dem Untergang gerettet, aber dass eine ganze Branche auf Dauer zum unverzichtbaren Bestandteil der Weltwirtschaft und damit praktisch für unantastbar erklärt wurde – das war und ist bis heute einmalig.

Selbst für die aggressivsten unter den Investmentbanken gab es vor 2007 eine rote Linie, die ihre Risikobereitschaft in Grenzen hielt – die Angst vor dem Bankrott. Für Banken mit dem Siegel »too big to fail« existiert diese Linie nicht mehr. Sie können jedes erdenkliche Risiko eingehen, ohne ihr Ende befürchten zu müssen. Und nicht nur das: Sie können sich, wie die vergangenen Jahre zeigen, nach Belieben über Recht und Gesetz hinwegsetzen, ohne dass die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Die kriminellen Praktiken des Verkaufs von Finanzprodukten bei gleichzeitigen Wetten gegen diese Produkte, die ille-

gale Devisenmanipulation und der aufgeflogene Liborskandal, die vielen Polizeirazzien in den Führungsetagen von Banken und die zahlreichen gegen Geldzahlungen eingestellten Verfahren gegen Banker in Frankfurt, London, Zürich und New York⁵¹ sind nur die Spitze des Eisbergs. Hier hat die Politik einer Gruppe von Menschen einen Freibrief ausgestellt, der ihr praktisch jedes noch so skrupellose Verhalten erlaubt.

Die Folge ist, dass sich die drei wichtigsten Trends der vergangenen Jahre nicht nur ungehemmt fortsetzen, sondern sogar noch weiter beschleunigen können: Die Konzentration wirtschaftlicher und finanzieller Macht in immer weniger Unternehmen, die Konzentration immer größerer Vermögen in der Hand einer winzigen Gruppe von Ultrareichen und der Abbau der Rechte der Allgemeinheit zugunsten der Zunahme von Privilegien für eine verschwindend kleine Minderheit.

Gemäß einer Studie der ETH Zürich kontrollieren inzwischen 1,7 % der multinationalen Unternehmen 80 % der globalen Umsätze, 147 Konzerne allein 40 % davon. Nicht anders sieht es bei den Privatvermögen aus: Etwa 5 % bis 10 % Reiche teilen sich weltweit 80 % des Besitzes. Es sind aber nicht nur diese Zahlen, die einem den Atem verschlagen, es ist vor allem das Tempo, in dem sie in den letzten Jahren zugenommen haben. So ist die Zahl der Milliardäre von 2006 bis 2013 weltweit von 793 auf 2170 angestiegen. Allein zwischen 2009 und 2013 stießen 880 Menschen in diese Gruppe vor, bis 2020 wird mit einem Anstieg um weitere 250 pro Jahr gerechnet. Das Vermögen der Superreichen hat sich zwischen 2009 und 2013 von 3,1 Billionen Dollar auf 6,5 Billionen Dollar mehr als verdoppelt.

Das Ergebnis dieser sich überschlagenden Entwicklung ist ein beispielloser Anstieg des mit Abstand kritischsten Indikators jeder menschlichen Gesellschaft – der sozialen Ungleichheit. Noch nie waren die Unterschiede

⁵¹ Allein die US-Regulierungsbehörden haben wegen illegaler Aktivitäten bis 2014 mehr als 100 Milliarden US-Dollar an Geldstrafen an amerikanische und ausländische Großbanken verhängt, mehr als die Hälfte davon im Jahr 2013.

de zwischen den Extremen so groß wie heute. 2013 verfügten die 85 reichsten Einzelpersonen der Welt über ein Vermögen von 1,7 Billionen US-Dollar und damit über genau so viel wie 3,5 Milliarden Menschen oder die Hälfte der Menschheit.⁵² In Großbritannien besaßen 2013 fünf Familien so viel wie 20 % der Bevölkerung. In Indien verfügten 56 Familien im selben Jahr über ein Gesamtvermögen, das dem von 500 Millionen Landsleuten gleich kam. Der reichste Mann der Welt, der mexikanische Telekommunikationsmogul Carlos Slim, hätte 2013 allein mit seinen Zinserträgen den Jahreslohn von 440.000 Mexikanern zahlen können. Am schärfsten prallen die Gegensätze in den USA aufeinander, wo 2013 knapp 500 Milliardäre etwa fünfzig Millionen Menschen gegenüberstanden, die zum Überleben auf Essensmarken angewiesen waren.

Während am unteren Ende der Gesellschaft Millionen von Menschen durch neoliberale Austeritätsprogramme in bitterste Armut getrieben werden, hat an ihrem oberen Ende die größte Bereicherungssorgie in der Geschichte der Menschheit stattgefunden. In einer Welt, in der 840 Millionen Menschen hungern müssen, 770 Millionen keinen Zugang zu Trinkwasser haben, ebenso viele nicht lesen und schreiben und 80 Millionen Kinder keine Schule besuchen können, verfügen einzelne Personen heute über Vermögen, mit denen die Bildungs- und Gesundheitssysteme ganzer Staaten saniert werden könnten.

Dieser horrende Zustand ist nicht nur die logische Konsequenz aus der Funktionsweise des bestehenden Systems, in dem die Erwirtschaftung von Profit das alles überragende Ziel ist, sondern auch ein deutlicher Hinweis auf das, was die Welt in den kommenden Jahren erwartet. Schon im dritten Jahrhundert vor Christus schrieb Aristoteles: »Immer ist die wirkliche oder vermeintliche Ungleichheit die Veranlassung zu bürgerlichen Unruhen und Revolutionen gewesen.« Zwei Jahrhunderte später sagte der griechische Philosoph und Historiker Plutarch, dass »ein Ungleichgewicht zwischen den Reichen und den Armen das älteste und unheilvollste Leiden aller Republiken« sei. 2000 Jahre menschlicher Geschichte

⁵² Die Zahlen entstammen einem Bericht der Menschenrechtsorganisation *Oxfam* vom Januar 2014.

haben die Aussagen der beiden eindrucksvoll bestätigt. Eine Unzahl von Aufständen und Revolutionen hat gezeigt: Je größer die Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft, umso stärker die sozialen Spannungen und umso größer die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Aufständen, Umstürzen und Revolutionen kommt.

195

Die vom IWF mitgetragene neoliberale Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass wir zurzeit in der ungleichsten aller bisherigen Welten leben. Doch das ist nicht alles. Hinzu kommt, dass die sozialen Spannungen in einem historisch beispiellosen Tempo zunehmen und keine der in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu einer Verbesserung oder auch nur zu einer Stabilisierung der Lage geführt hat. Bail-Outs, Austeritätsprogramme, uneingeschränktes Gelddrucken und Null-Zins-Politik durch die Zentralbanken haben wie Heroingaben bei einem Drogensüchtigen gewirkt – einen vorübergehenden Ausnahmezustand vorgetäuscht und den Organismus dabei langfristig noch stärker geschwächt. Bail-Ins, die vom IWF vorgeschlagene Zwangssteuer und weitere Sozialkürzungen werden mit Sicherheit kommen, doch ihre Wirkung wird wie bei dem Drogensüchtigen von Mal zu Mal schneller verpuffen, das System aber mit unerbitlicher Konsequenz weiter untergraben und aushöhlen.

Für die arbeitende Bevölkerung heißt das: Sie befindet sich in einer unaufhaltsamen und unumkehrbaren Abwärtsspirale, in der ihr Lebensstandard kontinuierlich sinkt und jede zukünftige Maßnahme sie noch härter trifft als die vorherige. Das wird nicht ohne Folgen bleiben. Die Geschichte zeigt, dass derart zermürbende soziale Erfahrungen eine Wut erzeugen, die ihre ganz eigene Dynamik entwickelt. Sie entsteht über sehr lange Zeiträume, flackert gelegentlich auf, scheint dann zu verschwinden, breitet sich aber unter der Oberfläche wie ein Schmelbrand weiter aus, um irgendwann zu explodieren und in Revolten und Revolutionen zu münden.

Niemand kann sagen, wann es zu diesen gesellschaftlichen Umwälzungen kommen wird. Dass sie kommen werden, ist so sicher wie die Tatsache, dass sich Wasser bei immer größerer Hitze in Dampf verwandelt.

Die Ereignisse in Tunesien und Ägypten waren die ersten Vorboten. Sie haben klargemacht, mit welcher Wucht sich die soziale Wut verzweifelter Massen Bahn brechen kann. Sie haben auch gezeigt, dass Revolutionen an vollkommen unerwarteter Stelle ausbrechen und eine über das einzelne Land hinausgehende Dynamik entfalten können.

Auch in Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Ländern Südeuropas ist es zu unzähligen Demonstrationen gekommen. Auf einigen von ihnen waren Plakate mit Aufschriften wie »Nieder mit der Troika!« und »Zur Hölle mit dem IWF!« zu sehen. Die meisten dieser Proteste wurden genauso wie die Aufstände in Tunesien und Ägypten niedergeschlagen. Doch die gewaltsame Unterdrückung schafft die Wut der Menschen nicht aus der Welt, im Gegenteil: Sie fördert sie und sorgt dafür, dass sie so lange gärt und brodelte, bis sie irgendwann völlig überraschend explodiert.

Welche Form Aufstände und Revolutionen im Zeitalter sozialer Netzwerke und nie dagewesener Kommunikationsmöglichkeiten konkret annehmen werden, kann niemand prophezeien. Auf Grund historischer Erfahrungen lässt sich aber heute schon sagen: Um das bestehende System mit Unterstützung von Organisationen wie dem IWF am Leben zu erhalten, werden die Regierungen bei weiter zunehmender sozialer Ungleichheit gezwungen sein, auf immer härtere Polizeistaatsmethoden zurückzugreifen. Wenn auch diese nicht mehr wirken, bleiben ihnen nur noch zwei Optionen – die Einsetzung von Diktaturen und die Entfesselung von Kriegen.

Die dunkelsten Zeiten des zwanzigsten Jahrhunderts haben gezeigt, wie nationalistische Vorurteile systematisch geschürt und dadurch Feindbilder geschaffen wurden, um Menschen in Zeiten großer wirtschaftlicher Probleme von den wahren Verursachern ihres Unglücks abzulenken und ihre Wut durch militärische Auseinandersetzungen zu kanalisieren. Die stetig zunehmende Gefolgschaft rechtsradikaler Organisationen in Europa wie auch das zunehmende Säbelrasseln der Militärs und ihre immer größere Bereitschaft, sich an Kampfeinsätzen in aller Welt zu beteiligen, sind deutliche Alarmzeichen.

Sollte es den arbeitenden Menschen jedoch trotz aller Widrigkeiten gelingen, die Lügen von Medien und Politikern zu durchschauen, sich aus den Fängen der etablierten Parteien und Organisationen zu lösen und in den kommenden Auseinandersetzungen neue und zeitgemäße Kampf- und Organisationsformen zu entwickeln, dann bietet sich ihnen eine historische Chance: Sie können auf Grund des inzwischen erreichten Stands von Technik und Wissenschaft eine Gesellschaftsordnung schaffen, in der nicht mehr die grenzenlose Gier einer Minderheit, sondern die sozialen Bedürfnisse der Mehrheit im Mittelpunkt stehen. Wie diese Gesellschaft genau aussehen wird, kann nur die Zukunft zeigen, aber eins lässt sich von ihr schon heute mit Bestimmtheit sagen: Für Organisationen wie den IWF wird in ihr kein Platz sein.

Er erpresst Staaten. Er plündert Kontinente. Er hat Generationen von Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft genommen und ist dabei zur mächtigsten Finanzorganisation der Welt aufgestiegen: Die Geschichte des IWF gleicht einem modernen Kreuzzug gegen die arbeitende Bevölkerung auf fünf Kontinenten.

In seinem bis zur letzten Seite fesselnden Buch beschreibt der Journalist Ernst Wolff, welche dramatische Folgen die Politik der Erzwingung neoliberaler Reformen durch die Vergabe von Krediten für die globale Gesellschaft und seit Eintreten der Eurokrise auch für Europa und Deutschland hat: Auf der einen Seite die Förderung von Hunger, Armut, Seuchen und Kriegen, auf der anderen die Begünstigung einer winzigen Gruppe von Ultrareichen, deren Vermögen derzeit ins Unermessliche wächst – alles im Namen der Stabilisierung des Finanzsystems.



ISBN 978-3-8288-3329-6



€ 17,95 (D)

9 783828 833296

www.tectum-verlag.de

